

Medienmitteilung

## FDP Davos sagt 3 mal Ja zum Spital Davos

---

### **Dreimal ein klares JA zum Spital Davos**

Zu den Vorlagen betreffend die Spital Davos AG nahm Landammann Tarzsius Caviezel Stellung. Für die Davoser Volkswirtschaft, insbesondere für den Tourismus und das Kongresswesen, aber auch für die Bevölkerung ist es von grosser Bedeutung, dass das Spital Davos ein verlässliches Grundangebot gewährleistet. Dazu gehören die drei Abteilungen Notfallstation, welche pro Jahr von ca. 10'000 Personen frequentiert wird, der Rettungsdienst und die Geburtshilfe/Gynäkologie. Aufgrund der saisonal schwankenden Patientenzahlen können diese, auch bei bestmöglicher Führung, nicht kostendeckend betrieben werden. Mit einem JA des Souveräns zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen ist gewährleistet, dass kein entsprechender Leistungsabbau vorgenommen werden muss. Mit der Ablösung des Kantonsdarlehen durch ein Gemeindedarlehen wird die Liquidität entlastet. Das zweite Darlehen dient der Sicherstellung der Liquidität und wird nur im Bedarfsfall beansprucht. Mit dem flammenden Appell „es geht um Herzblut für Davos“ warb der Landammann um ein JA zu diesen drei Vorlagen. Im Plenum war man sich der Bedeutung des Spitals für die Landschaft Davos bewusst. Es wurde einstimmig die JA-Parole gefasst.

### **Knappes Nein zum Ausländerstimmrecht in Davos**

An ihrer Parteiversammlung diskutierte die FDP Davos die Abstimmungsvorlagen vom 09. Februar 2020. Von den kommunalen Vorlagen, gibt diejenige zum Ausländerstimmrecht, in der Öffentlichkeit am meisten zu reden und zu diskutieren. Die vom Landratspräsidenten Hanspeter Ambühl geleitete Diskussion zeigte, dass es auch innerhalb der FDP unterschiedliche Meinungen darüber gibt. Es wird angeführt, dass Davos schon heute die Mitwirkungsmöglichkeit und die Beteiligung bei Vernehmlassungen kennt. Für das Ausüben des Stimm- und Wahlrechts sollte nebst der Sprachkompetenz auch die Vertrautheit mit den lokalen Gegeben- und Gepflogenheiten vorhanden sein. Personen, die das Stimm- und Wahlrecht erhalten möchten, steht der Weg des Einbürgerungsverfahrens offen. Für die Befürworter sind die vorgegebenen Kriterien (Niederlassungsbewilligung und fünfjährige Wohnsitzfrist) ausreichend, um das Stimm- und Wahlrecht auf kommunaler Ebene ausüben zu können. Wer schon lange hier lebt und arbeitet, soll in kommunalen Fragen auch mitbestimmen können. Mit knappem Mehr wurde die NEIN-Parole beschlossen.

### **Reklamewesen**

Die Neuregelung des Reklamewesens ist ein heikles Geschäft führte Landratspräsident Hanspeter Ambühl aus. Dies zeigt auch die relativ lange Bearbeitung dieser Vorlage auf. Zum Schutz des Ortsbildes muss mit Werbung sehr umsichtig umgegangen werden. Die aktuell gültigen Regeln weisen Lücken auf. Auch die sich stetig entwickelnden Möglichkeiten von Werbeträgern sind nicht abgebildet. Mit der nun vorliegenden Teilrevision des Baugesetzes wurde eine gute gesetzliche Grundlage geschaffen, um darauf aufbauend das Reklamewesen regeln zu können. Dem Antrag von Ambühl für die JA-Parole entsprach die Parteiversammlung mit grossem Mehr.

### **Plantahof**

Zur kantonalen Vorlage nahm Grossrat Simi Valär Stellung. Der Plantahof nimmt als wirtschaftliches Kompetenzzentrum eine führende Stellung in der Deutschschweiz ein. Er setzt sich insbesondere für eine nachhaltige und standortgerechte Landwirtschaft ein. In den vergangenen Jahren entwickelte sich der Plantahof auch zu einem erfolgreichen Tagungszentrum. So zählte man im Jahre 2018 gegen 23'000 Übernachtungen. Die Gebäude weisen nach über 40 Jahren Betrieb grosse Mängel auf und sind auch nicht mehr zeitgemäss. Deshalb sind die geplanten Neubauten dringend erforderlich. Die Versammlung folgte dem Antrag von Simi Valär, und sprach sich einstimmig für die JA-Parole aus.

### **Eidgenössische Vorlagen**

Landrätin Alexandra Bossi sprach zum „Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung“. Gegner der Erweiterung dieser Strafnorm führen an, dass es sich in Wahrheit um ein Zensurgesetz handle und die Meinungsfreiheit bedrohe. Die Referentin führte an, „Meinungsfreiheit darf kein Deckmantel für Hass und Hetze sein“. Sie beantragte dem Plenum der Vorlage zuzustimmen. Dieses folgte ihr und fasste einstimmig die JA-Parole.

Die Initiative „Mehr bezahlbare Wohnungen“, wurde durch Agnes Kessler, Vorstandsmitglied der FDP Davos, erläutert. Die Bundesverfassung garantiere schon heute die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus ohne eine starre Quote. Zudem können Kantone und Gemeinden besser einschätzen, wie viel gemeinnützigen Wohnraum sie benötigen. Mit der Umsetzung dieser Initiative würde zudem die Energiestrategie 2050 unterlaufen. Sie sprach sich für die Ablehnung dieser Initiative aus. Dem entsprach die Versammlung ohne Gegenstimme.